

Zwischen Wiederaufbau und Konzentrationsprozess – Die Gewerkschaften in Ludwigshafen und Rheinland-Pfalz in der Nachkriegszeit

Gewerkschaftlicher Neubeginn

Geprägt von zwölf Jahren gemeinsam erlittener Verfolgung trafen sich schon im März 1945 in Ludwigshafen einige Alt-Gewerkschafter regelmäßig, um partei- und konfessionsübergreifend über den einzuschlagenden Weg zu einer neuen Einheitsgewerkschaft zu beraten. Ein aus diesem Gründerkreis gebildetes vierköpfiges Komitee, dem zwei Sozialdemokraten, ein Kommunist und ein Zentrums-Mitglied angehörten, unterbreitete dem amerikanischen Stadtkommandanten Anfang Mai 1945 ein Gründungsgesuch für einen Ludwigshafener Gewerkschaftsbund samt Satzung und Organisationsplan. Nach Überprüfung der Mitglieder des Gründungskreises erlaubte die Militärregierung nach wenigen Tagen die Bildung des Gewerkschaftsbundes. Sofort nach Erhalt des Zulassungsbescheides bemühte sich das Organisationskomitee um eine Verknüpfung der betrieblichen und lokalen Ebene. So veranlasste man in einer Großzahl der Betriebe die Bildung von Betriebsvertretungen, wobei die gewählten Vertreter gleichzeitig auch als Gewerkschaftsdelegierte fungierten. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes einigte sich das Organisationskomitee am 4. Mai 1945 mit der Militärregierung auf die Bildung eines Gesamt-Betriebsausschusses, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamte paritätisch vertreten sein sollten. Am 22. Mai 1945 traten 62 Gewerkschaftsdelegierte und das Organisationskomitee zusammen, um offiziell den "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund – Ortsausschuss Ludwigshafen" zu gründen. Der Gewerkschaftsbund war konzipiert als zentralistische Einheitsgewerkschaft, in der alle Arbeiter, Angestellten und Beamten unabhängig von ihrer politischen Überzeugung gemeinsam organisiert sein sollten. Als jedoch am 10. Juli 1945 das linke Rheinufer von den Amerikanern als Besatzungszone an die Franzosen abgetreten wurde, hatte dies zunächst ein Handlungs- und Betätigungsverbot für den FDGB zur Folge. Am 23. Juli 1945 wurde von der französischen Militärregierung das Verbot aber wieder aufgehoben.¹

Erst am 8. Mai 1946 gestattete die französische Militärregierung die Gründung von über die Lokalebene hinausgehenden regionalen Gewerkschaftsorganisationen für die Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau. Noch vor deren Konstituierung verkündete die Militärregierung jedoch mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 die "Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes", bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur mit Mainz als Hauptstadt. Daraufhin orientierte man auf die Bildung von gewerkschaftlichen Landesverbänden für ganz Rheinland-Pfalz, die ihren Abschluss mit der Gründung von insgesamt 17 rheinland-pfälzischen Branchengewerkschaften fand. SPD und KPD stellten je acht gewerkschaftliche Landesvorsitzende, lediglich ein Landesvorsitzender gehörte der CDU an. Allerdings wurden die mitgliedsstärkeren Branchen – bis auf den Metallarbeiterverband und den Landesverband Bau – von Sozialdemokraten geführt. Den Abschluss des gewerkschaftlichen Zentralisationsprozesses bildete der erste Bundestag der Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz, der am 2./3. Mai 1947 in Mainz zusammentrat. 180 Delegierte konstituierten dort den Allgemeinen Gewerkschaftsbund (AGB). Zum ersten Vorsitzenden wurde Adolf Ludwig (SPD) gewählt. Sein Stellvertreter, Michael Hennen, gehörte zwar der KPD an, trat aber nach kurzer Zeit zur SPD über, so dass die SPD zehn von insgesamt 13 Sitzen im Bundesvorstand innehatte; lediglich zwei Mandate gingen an die KPD und eines an einen CDU-Vertreter.²

Dass diese Verteilung durchaus dem Meinungsbild unter den rheinland-pfälzischen Arbeitnehmern entsprach, machten die ersten allgemeinen Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Oktober 1947 deutlich, die einen eindeutigen Sieg der Sozialdemokraten ergaben. Lediglich 8 % der Mandate gingen an Kommunisten. In ihrer Hochburg Pfalz war der KPD-Anteil gegenüber den im Sommer 1945 ernannten Betriebsvertretungen von 20 % auf 14 % zurückgegangen. In Ludwigshafen bekannten sich in den zwölf größten Unternehmen von 169 gewählten Betriebsratsmitgliedern zwar noch 60 (35,5 %) zur KPD, darunter allerdings nur vier in der BASF. Damit war verbunden, dass in dem größten rheinland-pfälzischen Unternehmen die bisherige kommunistische Führung des Arbeiterrates unter dem Vorsitz des KPD-Stadtrates Bernhard Hamm nun an die SPD mit Ernst Lorenz an der Spitze überging. Einen letzten Umkehrungsversuch dieser Entwicklung unternahm die KPD am 28. und 29.

Mai 1948 auf dem zweiten Bundeskongress des AGB in Mainz, als die KPD gegen das Führungsteam Ludwig/Hennen aussichtslose Gegenkandidaten ins Rennen schickte. Die Delegierten strafte das kommunistische Ansinnen ab, indem sie nur noch ein KPD-Mitglied in den Bundesvorstand wählten. Abschluss der Neukonstituierung der Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz war die Integration der Strukturen der Einzelgewerkschaften und des AGB in die des Deutschen Gewerkschaftsbundes [DGB], der sich vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München konstituierte.

Gewerkschaften und Kalter Krieg

Dem sich nicht nur in Rheinland-Pfalz, wo die Partei 1947 den größten gewerkschaftlichen Einfluss aller kommunistischen Landesorganisationen in den drei westlichen Besatzungszonen besessen hatte, dramatisch vollziehenden Machtverlust versuchte die KPD durch eine deutliche Radikalisierung ihrer Gewerkschaftspolitik zu kompensieren. Ziel war, die Gewerkschaften "auf den Boden des Klassenkampfes zu führen".³ Der DGB nahm die Herausforderung an. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 6. März 1950 sprach der Vorsitzende Hans Böckler von einem "gewerkschaftszersetzendem" Handeln der Kommunistischen Partei und kündigte entsprechende Abwehrmaßnahmen an.⁴ Konkret forderte der DGB Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz seine Mitglieder zur Abwahl der vier noch amtierenden kommunistischen Einzelgewerkschaftsvorsitzenden Baumgärtner, Binder, Ohler und Bub sowie des Ortskartellvorsitzenden von Neustadt an der Haardt, Breyer, auf. Als erstes traf es den Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Karl Bub, der Anfang September 1950 von der DGB-Bundesleitung abgesetzt wurde. Anschließend wurde auch Karl Breyer suspendiert. Unbeeindruckt forderte die KPD den Vorsitzenden der IG Bau in Rheinland-Pfalz, den Wormser Hugo Binder, im September 1950 zu Streikmaßnahmen auf. Binder weigerte sich unter Verweis darauf, dass die Arbeiter nicht kampfbereit seien. Die unmittelbare Folge war sein Ausschluss aus der KPD. Fritz Baumgärtner kapitulierte vor dem innerparteilichen Druck am 18. Februar 1951 und verließ von sich aus die KPD. Im Oktober 1951 folgte ihm schließlich auch Heinrich Ohler.

Zuvor hatte die KPD auf ihrem ersten westdeutschen Parteitag das Vorgehen des DGB heftig kritisiert, woraufhin dieser samt seiner Einzelgewerkschaften von ihren hauptamtlichen kommunistischen Mitarbeitern mittels einer zur Unterschrift vorgelegten Erklärung [Revers] eine Distanzierung von der Gewerkschaftskritik des KPD-Parteitages verlangten.⁵ Bei deren Nichtunterzeichnung drohte den Betroffenen die Entlassung, bei Unterzeichnung der Ausschluss aus der KPD. Daraufhin wurde z.B. der bei der Ludwigshafener Straßenbahn beschäftigte Betriebsratsvorsitzende August Fend im Oktober 1951 aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr [ÖTV] ausgeschlossen,⁶ 1952 der DGB-Kreisausschussvorsitzende im Oberwesterwald, Hermann Kempf, wegen seiner Parteiaktivitäten entlassen und noch am 18. Juni 1953 der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Neustadt an der Weinstraße der IG Metall, Richard Häußler, wegen seiner Zugehörigkeit zur KPD mit einem Funktionsentzug belegt. Im September 1953 wurde auch noch gegen den Mitarbeiter der dortigen Verwaltungsstelle, Franz Lambert, wegen seiner Aktivitäten für die KPD ein Ausschlussverfahren eingeleitet.⁷

Die KPD kehrte daraufhin zu ihrer "RGO-Strategie" zurück und konnte damit bei den rheinland-pfälzischen Betriebsratswahlen im Mai 1953 noch einmal erstaunliche Erfolge verbuchen: u.a. bei den Stadtwerken in Mainz, bei der Straßenbahn und den Mittelbetrieben in Ludwigshafen. In der BASF konnte sie über eine „Betriebliche Einheitsliste“ acht Betriebsratsmandate erringen. Wer von den Gewählten – z.B. bei den Stadtwerken Mainz – allerdings noch ein DGB-Mitgliedsbuch hatte, wurde nun ebenfalls vom Gewerkschaftsbann getroffen. Daraufhin kapitulierte die KPD und forderte ihre verbliebenen Gewerkschaftsfunktionäre auf, das gegen sie gerichtete Revers des DGB zu unterzeichnen. Nun wurden Kommunisten bei den nachfolgenden Betriebsratswahlen 1955 wieder auf den DGB-Listen akzeptiert und konnten außerhalb der BASF auch wieder Mandate z.B. bei der Firma Pfaff in Kaiserslautern sowie bei der Straßenbahn und den Mittelbetrieben in Ludwigshafen erringen. Daraufhin leiteten ihre Arbeitgeber eine eigene Entlassungsrunde ein, indem man missliebige KPD-Betriebsratsmitglieder wegen "Störung des Betriebsfriedens und Werksspionage" von ihren Arbeitsplätzen entfernte. Im Gegensatz zu 1922 erfolgte jedoch keine Solidarisierung der Belegschaft mit den Gemaßregelten.⁸ Auch nach dem KPD-Verbot blieben DGB-Listen in Rheinland-Pfalz für Kommunisten offen – dies wurde insbesondere von der CDU nahestehenden Gewerkschaftern kritisiert. Allerdings verließ nur eine Minderheit von ihnen die Einheitsgewerkschaft und ging den Weg der Neukonstituierung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung, die nachfolgend nur begrenzten

Einfluss in Ludwigshafener Mittelbetrieben und in katholischen Hochburgen, wie z.B. im pfälzischen Hettenleidelheim erreichen konnte. Deshalb suchte sie in der BASF das Bündnis mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft [DAG], die sich nach ihrer Konstituierung 1949 nicht dem DGB angeschlossen hatte und nun gemeinsam mit dem Beamtenbund bei den großen öffentlichen Verwaltungen z.B. in Mainz und Koblenz konkurrierend zum DGB auftrat.

Wirtschaftswunder und die Forderung nach mehr Demokratie

Mit der Abwehr des Linksradikalismus stellte sich der DGB auf den Boden des Grundgesetzes, wenn auch seine Zielvorstellungen noch ein deutliches mehr an Demokratie umfassten: So wurden zwar im Betriebsverfassungsgesetz vom 14. November 1952 das Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats festgeschrieben – insbesondere die Mitbestimmungsfrage außerhalb des in Rheinland-Pfalz nur wenig bedeutsamen Montanbereichs ging aber den Gewerkschaften nicht weit genug. Proteststreiks hiergegen blieben erfolglos. Bei der Bundestagswahl 1953 bezog der DGB deshalb noch einmal eindeutig Position und forderte vergeblich zur Wahl eines "besseren Bundestags" auf. Auch in der Ablehnung der Wiederbewaffnung und der Stationierung von Atomwaffen fand der DGB nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Danach konzentrierten sich die Gewerkschaften auf ihr ureigenstes Tätigkeitsfeld: die Tarif- und Sozialpolitik mit der sie für die große Mehrheit der Arbeitnehmer rasch einen wachsenden Anteil am Volkseinkommen sichern und auch die Frage der wöchentlichen Arbeitszeit unter dem Motto "Samstags gehört Pappi mir" thematisieren konnten. Nicht nur symbolisch geschah dies unter dem Dach des DGB, so z.B. ab dem 26. März 1954 im neuen DGB-Haus in der Ludwigshafener Ludwigstraße, das neben dem DGB-Kreisausschuss auch zehn DGB-Einzelgewerkschaften, der Bezirksleitung der IG Chemie-Papier-Keramik [IG CPK] und vier weiteren gewerkschaftlichen Einrichtungen Platz bot. Die Einzelgewerkschaften waren durchaus bereit, mit Traditionen zu brechen: So beschloss zum Beispiel schon 1957 in Ludwigshafen die dort dominierende IG CPK nicht mehr am traditionellen Demonstrationzug am 1. Mai teilzunehmen; erst 1961 gaben die anderen Einzelgewerkschaften diesen auf. Aber auch in der Frage der Notstandsgesetze zeigten sich die Einzelgewerkschaften gespalten.

Mit der erstmaligen Wahl eines Sozialdemokraten zum Bundeskanzler standen die Gewerkschaften vor einem weiteren Interessenkonflikt. Auf der einen Seite gab es die Erwartung vieler Mitglieder auf einen nun spürbaren ökonomischen sowie sozialpolitischen Fortschritt und auf der anderen Seite wollte man mit Willy Brandt "einen der ihren" stützen. Aber auch die Arbeitgeber, z.B. in der Chemieindustrie, glaubten einer offensiveren Tarifpolitik entschiedener entgegenzutreten zu müssen. Bis 1974 gelang dieser allseitige Spagat sehr erfolgreich: Am 8. Januar 1972 wurde z.B. die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst zum 1. Oktober 1974 festgelegt. Nach Warnstreiks sowie mit Demonstrationen auf dem Werksgelände im April und Mai 1973 erzwang die IG CPK in Ludwigshafen mit einer Lohnerhöhung von 10,6 % einen Tarifabschluss, der deutlich über den anderen Bezirksabschlüssen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern lag. Am 13. September 1973 wurde das 13. Monatsgehalt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreicht.

Die Erfolgsbilanz endete aber schlagartig im Oktober 1973 mit dem israelisch-arabischen Krieg und der nachfolgenden Ölkrise, die eine weltweite Rezession zur Folge hatte. In der Bundesrepublik stieg die Inflationsrate auf 8 %, der die ÖTV eine Lohn- und Gehaltsforderung von 15 % entgegen stellte, die wiederum die Bundesregierung mit einer Lohnleitlinie von 10 % beantwortete. Nach vier gescheiterten Verhandlungsrunden standen die Zeichen auf Streik: Am 5. Februar 1974 zogen über 1.000 ÖTV-Mitglieder von Ludwigshafen über die Rheinbrücke zu einer Protestkundgebung nach Mannheim. Gleichzeitig blieben Busse und Straßenbahnen für zwei Stunden im Depot. Gestreikt wurde dann ab dem 11. Februar 1974: In Ludwigshafen beteiligten sich u.a. der städtische Bauhof und der städtische Fuhrpark sowie die Verkehrsbetriebe, in Frankenthal der Bauhof und die Müllabfuhr sowie in Speyer die Müllabfuhr und die Standortverwaltung der Bundeswehr. Sympathiebekundungen der Bevölkerung während des Streiks waren die Regel und so waren bereits am 13. Februar 1974 11 % mehr Lohn – mindestens aber 170 DM durchgesetzt. Die Gewerkschaft ÖTV hatte die Interessen ihrer Mitglieder erfolgreich gewahrt. Allerdings war die Position von Bundeskanzler Brandt sichtlich angeschlagen, der den Abschluss mit "schwersten Bedenken gesamtwirtschaftlicher Art" kommentierte.⁹

Dem nachfolgenden wirtschaftlichen Rückgang des Jahres 1975 folgte kein wirtschaftlicher Aufschwung, weshalb die Arbeitgeber verstärkt auf Rationalisierungen setzten, während auf Gewerkschaftsseite kaum Bereitschaft zum Arbeitskampf zu finden war. Mehr Mobilisierung erreichte zu diesem Zeitpunkt die sogenannte "Friedensbewegung", in deren Rahmen der schon seit 1965 amtierende DGB-Landesvorsitzende, Julius Lehbach, sich vor allem für die Entfernung des im pfälzischen Fischbach gelagerten amerikanischen Giftgases einsetzte. Der zeitgleich aufgedeckte "Neue-Heimat-Skandal" 1982 schadete allerdings dem gewerkschaftlichen Ansehen. Entsprechend rückte nun statt Tariferhöhungen die Verringerung der Lebensarbeitszeit und der täglichen Arbeitszeit mit dem langfristigen Ziel einer 35-Stunden-Woche in den Fokus der Gewerkschaftsarbeit. Erklärte Strategie der Gewerkschaften war dabei, durch Schwerpunktstreiks in ausgewählten Zuliefererbetrieben ganze Industriezweige lahmzulegen und zugleich die eigene Streikkasse durch die geringe Zahl der Streikenden zu schonen. Die Arbeitgeber reagierten auf diese Strategie mit umfangreichen "kalten" Aussperrungen der Betriebe, die mangels Vorprodukten nicht mehr arbeiten konnten. Die von diesen Aussperrungen betroffenen Mitarbeiter erhielten im Regelfall aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes [AFG] während der Aussperrung Arbeitslosengeld. Damit war die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit nach Meinung der seit 1982 von dem Rheinland-Pfälzer Helmut Kohl geführten Bundesregierung gefährdet. Aufgrund dessen wurde gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften 1986 vom Bundestag durch das "Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen" der § 116 AFG neu gefasst.

Ein Jahr zuvor war mit der Einführung der 38,5-Stunden-Woche in der Metallindustrie – z.B. an den Automobilherstellungsorten Kaiserslautern und Wörth – zwar der Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreicht worden; fast zeitgleich trat auch das "Beschäftigungsförderungsgesetz" in Kraft, das Beschränkungen für Leiharbeit aufhob und befristete Arbeitsverhältnisse bis zu 18 (seit 1996 bis zu 24) Monaten in der Industrie erlaubt, die zuvor nur aus besonderem Grund, wie Vertretung für Schwangere oder Wehrpflichtige, zulässig waren. Auch die ÖTV erreichte im Februar 1988 mit massiven Warnstreiks – an ihnen beteiligten sich in Ludwigshafen 1.200 städtische Mitarbeiter, 200 Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe und 450 Bedienstete der Technischen Werke – den Einstieg in 35-Stunden-Woche. Zum 1. April 1988 betrug die wöchentliche Arbeitszeit 39 Stunden und zum 1. April 1990 nur noch 38,5 Stunden. Hierfür musste allerdings ein Lohnverzicht in Kauf genommen werden, was sich sehr nachteilig auswirkte, da die Teuerung weitaus höher war als der finanzielle Abschluss. Der sich anschließende und auch die Filialen in Rheinland-Pfalz betreffende coop-Skandal schwächte vor allem die dort stark organisierte Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten [NGG], schadete aber auch dem Gesamtruf des DGB. Hingegen war die Einführung des "Langen Donnerstags" am 5. Oktober 1989 als Einstieg in die Lockerung des Ladenschlussgesetzes aus gewerkschaftlicher Sicht insbesondere eine schwere Niederlage für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen [HBV].

Die Gewerkschaften im vereinten Deutschland

Die deutsche Einheit stellte auch die Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz vor neue organisatorische Aufgaben. Da der Apparat des ostdeutschen FDGB lediglich als "Transmissionsriemen" für die Politik der SED gedient hatte, musste die Gewerkschaftsorganisation in den fünf neuen Ländern völlig neu aufgebaut werden.¹⁰ Zahlreiche rheinland-pfälzische Gewerkschaftsfunktionäre leisteten dazu vor Ort einen Beitrag. Verbunden war damit auch ein Kostendruck, der die Einzelgewerkschaften u.a. zum Auszug aus dem DGB-eigenen Gebäude in Ludwigshafen veranlasste.

Mehr Unterstützung als von der christlich-liberalen Bundesregierung erhofften sich die rheinland-pfälzischen Gewerkschaften ab dem 21. Mai 1991 durch den neuen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping, denn er war nach vierundvierzigjähriger CDU-Regierungszeit der erste Sozialdemokrat in diesem Amt. Allerdings betonte der ÖTV-Landvorsitzende Herbert Wenger, dass seine Gewerkschaft sich auch bei einer nun SPD-geführten Landesregierung nicht scheuen würde, mit gewerkschaftlichen Forderungen an sie heranzutreten. Zum gleichen Zeitpunkt reduzierte sich für die Mitarbeiter des Einzelhandels die Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden.

Am 26. Oktober 1994 wurde Kurt Beck rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. Bereits 1968 war er der Gewerkschaft ÖTV beigetreten und hatte seit 1972 als freigestellter Personalrats- und Bezirkspersonalratsvorsitzender gewirkt. Zwar hatten damit die rheinland-pfälzischen Gewerkschaften "einen der ihren" auf höchster Ebene als Ansprechpartner. Allein damit waren allerdings nicht die

strukturellen Probleme des DGB und der Einzelgewerkschaften zu lösen. Seit 1991 hatten sie einen dramatischen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Davon war auch die IG Metall betroffen, obwohl seit 1995 in der westdeutschen Metallindustrie, tarifvertraglich auch in der Stahl-, Elektro-, Druck- sowie Holz- und papierverarbeitenden Industrie vereinbart, die 35-Stunden-Woche galt. Eine gewerkschaftliche Neuorganisation war damit auch in Rheinland-Pfalz unvermeidlich: Die Vorreiterfunktion übernahm die IG CPK, die sich 1997 mit den im Bundesland nur schwach organisierten Verbänden der IG Bergbau und Energie [IGBE] und der Gewerkschaft Leder [GL] zur drittgrößten Gewerkschaft im DGB, der IG Bergbau, Chemie, Energie [IG BCE], zusammenschloss. Der neue Landesbezirk umfasste auch das Saarland und nahm seinen Sitz in Mainz. Zeitgleich begannen die DGB-Gewerkschaften ÖTV, IG Medien, HBV, Deutsche Post-Gewerkschaft (DPG) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft [GEW] – die sich dann allerdings nicht am weiteren Neustrukturierungsprozess beteiligte – sowie die bisher mit diesen Gewerkschaften konkurrierende DAG mit der Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung im Dienstleistungsbereich. Ihren Abschluss fand sie am 26. April 2001 in Mainz mit der Konstituierung eines Landesbezirks der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft [ver.di]. Die neue Dienstleistungsgewerkschaft umfasste zu diesem Zeitpunkt rund 117.000 Mitglieder und nahm ihren Sitz in Mainz. Zum Landesbezirksleiter wurde Uwe Klemens – ehemals HBV – gewählt. Der ehemalige Landesgeschäftsführer der ÖTV, Dietmar Muscheid, wurde einer seiner vier Stellvertreter. Am 8. Dezember 2001 wurde er als Nachfolger Dieter Kretschmers zum DGB-Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz gewählt; am 16. Februar 2002 erfolgte seine Wahl zum Vorsitzenden des DGB Bezirk West, der die DGB-Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland umfasst. Mit der Bildung des DGB Bezirk West war die Neustrukturierung der Gewerkschaftsebene in Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Der DGB Bezirk West ruht auf den tragenden Säulen IG BCE, ver.di, IG Metall, IG Bauen-Agrar-Umwelt [IG BAU], GEW, NGG, Gewerkschaft der Polizei [GdP] sowie die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft [EVG]. Allerdings liegt die eigentliche gewerkschaftspolitische Macht nicht mehr beim DGB sondern bei seinen Einzelgewerkschaften. Diese zeigen sich inzwischen politisch "unpragmatisch" – so war auch die Regierung Schröder keinesfalls von gewerkschaftlicher Kritik ausgenommen. Teile der gewerkschaftsorientierten Kritiker schlossen sich über die WASG der Linken an. Für sie sitzt Alexander Ulrich, 2. Bevollmächtigter der IG Metall in Kaiserslautern, seit 2005 im Bundestag.

Neustrukturierung und gesellschaftspolitische Offenheit der DGB-Gewerkschaften konnten aber bisher ihren seit 1991 anhaltenden Mitgliederverlust nicht bremsen. Arbeitnehmer zweifeln zunehmend an den Möglichkeiten der Gewerkschaften, zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse beitragen zu können. Arbeitslos gewordene Arbeitnehmer treten häufig aus ihrer Gewerkschaft aus. Gleichzeitig ist die Gewerkschaftsbindung bei Arbeitnehmern gering, die in neuen Beschäftigungsbereichen wie im IT-Bereich, in Teilzeit oder im Niedriglohnsektor tätig sind. Außerdem ist seit Mitte der 1990er Jahre die Wochenarbeitszeit in vielen Bereichen – meist unter dem Stichwort "Rücknahme der Arbeitszeitverkürzung" – wieder deutlich angestiegen. Hinzu kommt die Konkurrenz durch den beitragsgünstigeren DBB Beamtenbund und Tarifunion sowie die schlagkräftigeren Funktionsebenen.

¹ SEIDL, Wiederentstehung 1990, S. 136 ff

² LATTARD, Gewerkschaften 1988, S. 175 f.

³ STARITZ, KPD 1984, S. 1729.

⁴ KAISER, Gewerkschaftsbund 1996, S. 50 ff.

⁵ DÖRRICH, Industriegewerkschaft 1991, S. 137 ff.

⁶ BECKER, 100 Jahre 2000, S. 68.

⁷ DIETRICH, Geschichte 1991, S. 201.

⁸ SCHNEIDER, Schicksal 1996, S. 20.

⁹ BRANDT, Demokratie 2001, S. 490 ff.

¹⁰ HILDEBRANDT, Gewerkschaften 2010, S. 28 ff.